

Auftrags(daten)verarbeitung

Auftragsdatenverarbeitung

- Möglichkeit, Dienstleister mit Datenverarbeitung zu beauftragen, ohne eine Übermittlungsbefugnis zu benötigen
- Interessant angesichts beschränkter Erlaubnistatbestände bei Gesundheitsdaten
- Aufwändige Vertragsgestaltung
- Hürde der Offenbarungsbefugnis bei Berufsgeheimnissen

Agenda

- Rechtlicher Rahmen durch die DS-GVO
 - Merkmale, was ist anders?
- Auftragsdatenverarbeitung
 - Abgrenzung Funktionsübertragung
 - ADV-Vertrag
 - Vertragsbestandteile
- Einfluss nationalen Rechts auf die Auftragsverarbeitung
 - § 203 StGB (?)
 - Krankenhausgesetze
 - SGB X
- Vorstellung Muster-AV-Vertrag

Rechtlicher Rahmen

Begriffsbestimmungen

- **Verantwortlicher**: Natürliche oder juristische Person, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung entscheidet (Art. 4 Ziff. 7)
- **Auftragsverarbeiter**: Natürliche oder juristische Person, die pb Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet (Art. 4 Ziff. 8)
- **Auftragsverarbeitung**: Tätigkeit des Auftragsverarbeiters für den Verantwortlichen

Grundsätzliches

AV als Rechtskonstrukt geregelt im **Art. 28 DS-GVO**

2 Kategorien von Regelungen:

1. Regelungen, die im Vertrag zu fixieren sind (Art. 28 Abs. 3)
2. Regelungen, die kraft GVO unmittelbar gelten (und nicht im Vertrag auftauchen *müssen*)

Privilegierung der AV?

Dafür spricht:

- Auftragsverarbeiter gemäß Art. 4 Nr. 10 DS-GVO kein „Dritter“ - also der Sphäre des Verantwortlichen (nicht der betroffenen Person) zuzurechnen
- Keine gesonderte Zulässigkeitsvoraussetzung für die Auftragsverarbeitung
- Regelung der Verantwortlichkeiten lässt die Existenz eines eigenen Schutzbedarfs nicht plausibel erscheinen

... oder doch nicht?

Ggf. könnte die Zulässigkeit regelmäßig im Rahmen der Interessenabwägung als gegeben anzusehen sein. (*Regelmäßigkeit = „Privilegierung“*)

- Problematisch, da für besondere Daten eine Interessenabwägung nicht vorgesehen ist und eine AV demnach dort nicht anwendbar wäre

„Funktionsübertragung“

Bezeichnung für Beauftragungen, die keine Auftrags(daten)verarbeitungen sind:

- Wenn Zwecke und Mittel der Verarbeitung nicht vollständig in der Entscheidungsgewalt des beauftragenden Verantwortlichen liegen
- Nicht privilegiert
- Übermittlung/Offenlegung mit Erfordernis der rechtlichen Legitimation

Exkurs: Gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche

- Gemeinsame Festlegung von Zwecken und Mitteln der Verarbeitung gem. Art. 26
- Vereinbarung zur Festlegung der Pflichtenaufteilung
- Pflichtenaufteilung den Betroffenen zur Verfügung zu stellen
- Geltendmachung von Rechten gegenüber jedem Verantwortlichen

Auftragsverarbeitung

Vertrag

„... auf der Grundlage eines **Vertrags** oder eines anderen Rechtsinstruments nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten...“ (Art. 28 Abs. 3 Satz 1)

- schriftlich, auch elektronisch möglich (Art. 28 Abs. 9)
- Die Kommission oder eine Aufsichtsbehörde (Kohärenzverfahren) kann Standardvertragsklauseln festlegen

Vertragsinhalte

Zu regelnde **Inhalte** gem. Art 28 Abs. 3, ggü. dem § 11 BDSG *beibehalten*:

- ✓ Gegenstand und Dauer der Verarbeitung, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten, die Kategorien betroffener Personen (Art. 28 Abs. 3 Satz 1)
- ✓ Weisungsgebundenheit (Art. 28 Abs. 3 lit. a) - *vorbehaltlich...*
- ✓ Löschung oder Rückgabe der personenbezogenen Daten an den Verantwortlichen (Art. 28 Abs. 3 lit. g) - *vorbehaltlich...*

Vertragsinhalte II

Zu regelnde **Inhalte**, ggü. dem § 11 BDSG *verändert/spezifiziert*:

- ✓ *Vertraulichkeits*verpflichtung der Personen beim Auftragsverarbeiter (Art. 28 Abs. 3 lit. b)
- ✓ Auftragsverarbeiter muss erforderliche TOM gemäß Art. 32 ergreifen (Art. 28 Abs. 3 lit. c)
- ✓ Keine Unterauftragnehmer ohne vorherige Genehmigung sowie Übertragung der Datenschutzpflichten des Auftragsverarbeiters (Art. 28 Abs. 3 lit. d)

Vertragsinhalte III

Zu regelnde **Inhalte**, ggü. dem § 11 BDSG *verändert/spezifiziert* (Forts.):

- ✓ Unterstützung des Verantwortlichen durch den Auftragsverarbeiter bei
 - der Gewährung von Betroffenenrechten mit geeigneten TOM (Art. 28 Abs. 3 lit. e)
 - der Erfüllung der Pflichten zur Gewährleistung der Sicherheit personenbezogener Daten und zur Datenschutz-Folgenabschätzung und zur vorherigen Konsultation (Art. 28 Abs. 3 lit. f)
 - der Erfüllung der Rechenschaftspflichten beim Nachweis der Einhaltung aller Verpflichtungen aus dem Art. 28 einschließlich Ermöglichung und Unterstützung von Prüfungen (Art. 28 Abs. 3 lit. h)

(Fern)Wartung

- Keine gesonderte Erwähnung im Kontext der AV
- Bei Relevanz für personenbezogene Daten als AV anzusehen:
 - Keine eigenen Zwecke des Dienstleisters
 - Keine Festlegung der Mittel (?) - Fiktion

Besondere Pflichten des Verantwortlichen I

- ✓ Benennung eines Vertreters in der Union, bei Niederlassung außerhalb (Art. 27)
- ✓ Ordnungsgemäßer Vertragsschluss gemäß Art. 28 Abs. 3
- ✓ neuerdings Beachtung der Drittlandproblematik innerhalb der AV

Besondere Pflichten des Verantwortlichen II

- ✓ Kontrollen des Auftragsverarbeiters sind angesichts der Rechenschaftspflichten unverzichtbar - „hinreichende Garantien“ (Art. 28 Abs. 1)
 - Duldungs- und Mitwirkungspflicht des Auftragsverarbeiters ist gegeben (Art. 28 Abs. 3 lit. h)
 - Insbesondere genehmigte Verhaltensregeln nach Art. 40 bzw. Zertifizierungen nach Art. 42 können herangezogen werden, um hinreichende Garantien des Art. 28 Abs. 1 u. 4 nachzuweisen (Art. 28 Abs. 5)

Besondere Pflichten des Auftragsverarbeiters I

- ✓ Benennung eines Vertreters in der Union, bei Niederlassung außerhalb (Art. 27)
- ✓ Hinweispflicht des Verarbeiters bei vermuteter Rechtswidrigkeit der Verarbeitung (Art. 28 Abs. 3 Satz 3)
- ✓ Gewährleistung, dass Beschäftigte nur nach Weisung des Verantwortlichen verarbeiten (Art. 29, Art. 32 Abs. 4)
- ✓ Führung eines Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten (mit Tätigkeiten für den Verantwortlichen) (Art. 30 Abs. 2 - 4)

Besondere Pflichten des Auftragsverarbeiters II

- ✓ Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde (Art. 31)
- ✓ Unverzügliche Meldung der Verletzung des Schutzes pb
Daten an den Verantwortlichen (Art. 33 Abs. 2)
- ✓ Beachtung der Regelungen zum Datenschutzbeauftragten
(Artt. 37 - 39)
- ✓ Beachtung Drittland-Auflagen (Artt. 44 - 50)
- ✓ Würdigung der Haftungsregelungen für Schadenersatz
(Art. 82, insb. Abs. 4)

Stellung des Auftragsverarbeiters I

Auftragsverarbeiter unterliegt nun weitergehend dem
Datenschutzrecht (nach wie vor nicht vollständig, nur wo
ausdrücklich erwähnt)

- Pflichten aus den Artt. 25-43 (Kapitel IV „Verantwortliche und Auftragsverarbeiter“)
- Sanktionskatalog
- Gemeinsame Haftung gegenüber den betroffenen Personen

Ansonsten weisungsgebunden (Art. 28 Abs. 3 lit. a sowie Art. 29)

Stellung des Auftragsverarbeiters II

- Auftragsverarbeiter wird zum Verantwortlichen, sobald er Zwecke und Mittel rechtsverstößlich selbst bestimmt (Art. 28 Abs. 10)
- Neubewertung der betriebswirtschaftlichen Risiken für Auftragsverarbeiter

Drittlandverarbeitung

Neu: AV auch mit Drittlandsitz des Auftragsverarbeiters
möglich zu berücksichtigen:

- Benennung Vertreter in der EU (Art. 27)
- Drittlandregeln (s. folgenden Vortrag)
 - Angemessenheitsbeschluss
 - Geeignete Garantien

Sanktionierung bei Verordnungsverstößen

Für Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter gleichermaßen
wirksam, für letzteren jedoch nur in Bezug auf die
„Pflichtenzuteilung“ der DS-GVO (Art. 83 Abs. 4 lit. a)

Für Auftragsverarbeiter insbesondere einschlägig:

- Artt. 25 - 39 (Allgemeine Pflichten, Sicherheit
personenbezogener Daten, Datenschutz-Folgenabschätzung
und vorherige Konsultation, Datenschutzbeauftragter)

Umstellungserfordernisse I

Bei **Altverträgen**:

- BDSG-Vertragsmuster gehen bereits teilweise über die Anforderungen des § 11 hinaus
- Soll-Ist-Analyse (Checkliste) und konsentierete Nachbesserung, *aber*: individuelle Nachbesserung meist nicht sinnvoll, da Rechtsrahmen (für den Auftragsverarbeiter) nicht vergleichbar
- Zeitbedarf für Umstellungsprozess berücksichtigen

Umstellungserfordernisse II

Bei (künftigen) **Neuverträgen**:

- Anerkannte Vertragsmuster verwenden (z.B. von GDD, BITKOM etc.)
- Auf (anfänglich) waghalsige DS-GVO-Interpretationen des Vertragspartners achten

Zwischenzeitlich Verträge, die beiden Regelungen genügen???

- Mit Übergangsklauseln denkbar
- Anwendbarkeit der Auftragsverarbeitung grundsätzlich wie bisher

Einfluss nationalen Rechts

Einflussmöglichkeiten

Art. 28 DS-GVO

- sieht keine Ausgestaltungsmöglichkeiten („Öffnungsklauseln“) für die Gesetzgeber vor,
- ist damit abschließend geregelt.
- Höchstens spezialgesetzliche Bedingungen für die Anwendbarkeit sind denkbar
 - Berufsgeheimnisse
 - Sozialrecht

Berufsgeheimnisse? I

Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen:

- Ausweitung des Berufsgeheimnisses auf „bei der Berufsausübung mitwirkende Dritte“
- Zugleich Offenbarungsbefugnis gegenüber diesen Dritten, soweit erforderlich

Berufsgeheimnisse? II

Bisher gilt:

- Auftragsdatenverarbeitung keine Offenbarungsbefugnis gegenüber dem Dienstleister
- Offenbarung ist zu vermeiden
- Seitens der DS-GVO keine Anhaltspunkte für eine andere Betrachtung

Berufsgeheimnisse? III

Künftig gilt:

- Offenbarung bei Auftragsverarbeitung innerhalb des § 203 StGB erlaubt;
Auftragsverarbeiter = mitwirkende Person(en)
- Erfordernis einer Schweigepflichtentbindungserklärung?
 - Eher nein
 - Art. 13/14 ist besonders ernst zu nehmen

Restrisiko nach § 203-Reform

Umstritten, inwieweit folgende Regelungen einer Offenbarung innerhalb einer AV entgegenstehen:

- Heilberufliche Berufsordnungen
- Landeskrankenhausgesetze
(in unterschiedlichem Maße)

Exkurs: § 80 SGB X

Auftragsverarbeitung von Sozialdaten:

- von der DS-GVO abweichende Regelungen des § 80 SGB X sind entfallen
- zusätzliche Auflagen:
 - Mitteilungspflicht gegenüber Rechts- oder Fachaufsicht
 - Keine Vergabe in unsichere Drittländer
 - zus. Bedingungen für nicht-öffentliche Auftraggeber (gilt gem. Abs. 5 nicht für Wartungsverträge)

Vorstellung Muster-AV-Vertrag

Mustervertrag für das Gesundheitswesen

Gemeinsame Ausarbeitung der zuständigen
Facharbeitskreise von

- Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands e. V. - **BvD**
- Bundesverband Gesundheits-IT e. V. - **bvitg**
- Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie e. V. - **gmds**
- Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e. V. - **GDD**

sowie der

- Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V. - **DKG**

Mustervertrag für das Gesundheitswesen II

Mustervertrag besteht aus:

- ✓ **Auftragsverarbeitungs-Vertrag** mit
 - ✓ alternativen und optionalen Klauseln, um für möglichst viele Situationen anwendbar zu sein
 - ✓ **Kommentierung** zur Herleitung und Begründung der Regelungen
 - ✓ Zahlreichen **Literaturhinweisen**
 - ✓ **Anlagenmuster** (Unterauftragnehmerliste, TOMs)
 - ✓ Beispiel für eine **Verpflichtungserklärung** von Beschäftigten
- ✓ Begleitende Ausarbeitung mit Hinweisen zum **Umgang mit bestehenden Altverträgen**

<http://ds-gvo.gesundheitsdatenschutz.org/html/index.php>

Diskussion



Quelle: pixabay.com